

LINKE-Abgeordneter legt Wikipedia nur scheinbar lahm

Sonntag, 16. November 2008

PRINT

Rechtsstreit um Lexikonartikel: «Ehrabschneidende Inhalte»



Lutz Heilmann (DIE LINKE). Archivfoto

Lübeck (LiZ/klr). Auf der Plattform abgeordnetenwatch.de ist Lutz Eberhard Heilmann derzeit eine sehr gefragte Persönlichkeit. Der Diplomburist hatte vergangene Woche beim Landgericht Lübeck eine einstweilige Verfügung erwirkt. Demnach ist es dem Verein Wikimedia Deutschland vorerst untersagt, die Internetadresse wikipedia.de auf die Internetadresse de.wikipedia.org weiterzuleiten. Dies gilt solange wie unter der Internet-Adresse de.wikipedia.org bestimmte Tatsachenbehauptungen über den LINKE-Bundestagsabgeordneten Heilmann zu finden sind. Bis auf weiteres jedenfalls muss die über wikipedia.de erreichbare Wissensdatenbank in ihrer bisherigen Form eingestellt werden. Der eingetragene Verein Wikimedia Deutschland e.V. will gegen den Beschluss Widerspruch einlegen.

Der Wikimedia-Verein betont, daß er nicht Anbieter der unter de.wikipedia.org zugänglich gemachten Webseite "Wikipedia" ist und auch keinen Einfluss auf die in der Online- Enzyklopädie abrufbaren Inhalte hat. Wikimedia Deutschland sei vielmehr ein gemeinnütziger Verein zur Förderung freien Wissens, der lediglich über die Anwendung der Wikipedia aufkläre. Betreiber der Enzyklopädie sei die in der Anbieterkennzeichnung der Enzyklopädie genannte Wikimedia Foundation, eine im US-Bundesstaat Florida registrierte Stiftung mit Sitz in San Francisco.

Heilmann will indes keine weiteren juristischen Schritte gegen Wikipedia unternehmen. Die juristische Auseinandersetzung mit Wikimedia sei beendet, teilte er Politiker mit. Die "falschen, ehrabschneidenden und deshalb mein Persönlichkeitsrecht verletzenden Inhalte" seien weitgehend aus dem entsprechenden Artikel entfernt worden. Er habe gegenüber Wikimedia erklärt, dass er keine weiteren juristischen Schritte unternehmen werde und die Weiterleitung auf die Wikipedia-Inhalte unter <http://de.wikipedia.org> wieder geschaltet werden könne.

Zugleich bedauerte Heilmann, dass "durch die von mir beantragte einstweilige Verfügung des Landgerichts Lübeck die deutschen Wikipedia-Userinnen und -User in den letzten 24 Stunden keinen direkten Zugriff mehr auf die Wikipedia-Inhalte" gehabt hätten. "Mir ging es dabei keineswegs um Zensur, sondern schlicht um eine wahre Tatsachen-Darstellung." Jedoch habe sich der juristische Weg insoweit als problematisch erwiesen, als durch die Struktur von Wikipedia die anderen Userinnen und User in Mitleidenschaft gezogen würden. "Das war nicht meine Absicht." Gemeinsam mit Wikimedia e.V. will der Abgeordnete nun "nach anderen Wegen suchen, um den offenen und freien Charakter von Wikipedia so weiter auszugestalten, dass Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben".

Dass Wikimedia an solchen Wegen interessiert sein könnte, scheint eher unwahrscheinlich. Zum einen war der Zugang zu den lexikalischen Inhalten trotz der gerichtlichen Maßnahme jederzeit über Google und die Adresse <http://de.wikipedia.org> möglich, zum anderen gibt es offensichtlich nicht wenige Wikipedia-Nutzer, die nur darauf gewartet hatten, einem Politiker der LINKEN einen vermeintlichen Zensurversuch vorzuwerfen. Über den Verein Wikimedia ergießt sich derzeit eine Spendenflut, verbunden mit wüsten Beschimpfungen wie "Zur Hölle mit den Linken", um einen der harmloseren Kommentare zu zitieren.

Das Internet-Lexikon Wikipedia gerät nicht zum ersten Mal in die Kritik und musste wegen Missachtung von Persönlichkeitsrechten auch zuvor schon einmal abgeschaltet werden. Regelmäßig werden Wikipedia Verstöße gegen die eigenen Richtlinien angekreidet. Erst vor kurzem kam es zu einem heftigen Streit mit Atomgegnern. Der Bund für Umwelt und Naturschutz BUND kritisierte einen "massiven Angriff" auf atomkritische Beiträge. Die Artikel waren gelöscht worden, obwohl es sich um fundierter Beiträge handelte, die in jeder Hinsicht den

Bestimmungen von Wikipedia entsprachen.

Ein solches Ringen um die Souveränität über Lexikoneinträge hat bei Insidern auch schon einen Namen: "Edit-War", Redaktionskrieg. In einer aktuellen Analyse des populären Internetlexikons schreibt der Chemnitzer Sozialwissenschaftler Christian Pentzold, Wikipedias Machtstruktur vereine "Züge von Anarchie, Diktatur, Plutokratie, Demokratie, Meritokratie und Technokratie". Mit Fakten und Persönlichkeitsrechten braucht man es angesichts der geballten Medienmacht offenbar nicht mehr so genau zu nehmen.

Fenster schließen